

Wilsdruffer Tageblatt

Wochenblatt für Wilsdruff
und Umgegend.

Erscheint seit dem Jahre 1841.

Amts-Blatt



Das „Wilsdruffer Tageblatt“ erscheint täglich, mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage, abends 6 Uhr für den folgenden Tag. / Derzeitiges Preisverhältnis: 100 Hefen für 10 Mark. / Die Abnahme von 100 Hefen für 10 Mark ist nur bei Vorbestellung möglich. / Die Abnahme von 100 Hefen für 10 Mark ist nur bei Vorbestellung möglich. / Die Abnahme von 100 Hefen für 10 Mark ist nur bei Vorbestellung möglich.

Abonnementpreis: 10 Mark für 100 Hefen. / Die Abnahme von 100 Hefen für 10 Mark ist nur bei Vorbestellung möglich. / Die Abnahme von 100 Hefen für 10 Mark ist nur bei Vorbestellung möglich. / Die Abnahme von 100 Hefen für 10 Mark ist nur bei Vorbestellung möglich.

für die Amtshauptmannschaft Weiksen, für das Amtsgericht und den Stadtrat zu Wilsdruff sowie für das Forstrentamt zu Tharandt. Verleger: R. O. Hartig, Leipzig Nr. 28614

Nr. 90

Mittwoch den 21. April 1920

79. Jahrg.

Amtlicher Teil.

Nachstehende Bekanntmachung der Reichsfleischstelle wird hiermit zur allgemeinen Kenntnis gebracht.

Dresden, am 16. April 1920.

718 V.L.A. III

Wirtschaftsministerium.
Landeslebensmittelamt.

Auf Grund des § 2 der Verordnung über die Verwendung des Mehrerlöses aus den Häuten von Schlachtvieh und Schlachtpferden vom 26. November 1919 (Reichsgesetzblatt S. 1903) werden für die Zeit vom 15. April bis 16. Mai 1920 einschließlich folgende Sätze als Gesamthäutezuschlag für den Zentner Lebendgewicht festgesetzt:

für Kinder, ausgenommen Rälber	142 Mt.
Rälber	284 „
Schafe mit vollwolligen, halblangen und kurzvölligen Fellen	238 „
Schafe mit Blöhen	201 „
Pferde einschließlich Fohlen, Esel, Maultiere und Raufesel	92 „

(u/m.)

Berlin, am 14. Februar 1920.

Reichsfleischstelle, Verwaltungsabteilung.
Der Vorsitzende: v. Oftertag.

Die Konferenz von San Remo.

Kleine Zeitung für eilige Leser.

* Durch eine Verfügung des Reichsfinanzministers ist das Silbergeld außer Kurs gesetzt worden.

* Der neue italienische Vorkämpfer der Maximalisten ist in Berlin eingetroffen.

* Die französischen Besatzungstruppen in Frankfurt a. M. bereiten alles für ihren Abmarsch vor.

* Die sozialdemokratische Fraktion beantragt in der Nationalversammlung, den 1. Mai zum gesetzlichen Feiertag zu erklären.

* Der Vorsitzende des Vorstandes der Demokratischen Partei, Dr. Friedberg, ist aus Gesundheitsrücksichten von dem Amt zurückgetreten.

* Der Papst überweist dem Fürstbischof von Breslau für die hungernden deutschen Kinder eine Million Lire. Die Entlohnung eracht 4873770 Mark.

Menschliches, Allzumenschliches.

Für die Götter der Gerechtigkeit sind schwere Zeiten gekommen. Die Welt steht unter dem Zeichen des Hasses, das will sagen: der Blindheit, und so ist sie in allem anderen eher sähig und unfaul, nur nicht zur Gerechtigkeit. Wir erleben eben wieder, wie uns aus dem Aufstand im Ruhrgebiet und aus dem Unrecht, das Frankreich unter diesem Vorwand gegen uns verübt, von San Remo aus neue Verdrängung angeht werden soll — allen wohlwollend klingenden Reden zum Trotz, mit denen man uns vorher zu beschwichtigen, oder richtiger muß es wohl heißen: tere zu führen suchte. Aber auch in unserer eigenen Mitte führen die Leidenschaften des Kampfes zu Ungerechtigkeiten, die schrecklich sind, wo sie kaum zu vermeiden sind, hingenommen werden müssen wie so manche andere unerfreuliche Erscheinung der Gegenwart.

Für welche Volkskreise gilt heute jeder Träger eines Offiziersrockes ohne weiteres als Schädling, als Militär, als Reaktionär. Der ganze Stand wird mit einer Semmungslosigkeit ohne gleichen angegriffen, geschmäht, verfolgt und schon hört man in Versammlungen oft genug den Ruf erschallen: wir brauchen überhaupt keine Offiziere. Nun, was die Leute, die diese Parole ins Volk hinaustragen, wirklich im Sinn haben, das möge auf sich beruhen bleiben. Aber so lange wir Offiziere haben und brauchen, haben sie zweifellos den gleichen Anspruch auf Gerechtigkeit wie jeder andere Staatsbürger auch. Nun kann man von den Männern, die von der früheren kaiserlichen Armee her noch im Dienst geblieben sind, unmöglich verlangen, daß sie heute schon als überzeugte Republikaner auftreten, daß sie zu allem Ja und Amen sagen, was die neue Zeit an Anschauungen und Forderungen gebietet, daß sie alle Erscheinungen widerwärtigsten Quälgeistes, mit denen allenfalls die Nichts-Wis-Vasillisten sich abzuwenden vermögen, andere Leute aber, auch wenn sie den bunten Rock weder tragen noch jemals getragen haben, das Blut zum Kopf treiben fühlen. Ihnen ist eine ganze Welt zusammengebrochen, für sie die so gut wie ausschließlich erjogen worden sind. Jetzt hören und sehen sie, daß mit der Zertrümmerung der alten Armee noch lange nicht der Endpunkt dieser Entwürdigung gekommen ist. Der alte Weibel begehrte sich für den Gehalt der Volksmiliz, etwa nach Schweizer Muster. Man spricht jetzt von völliger Entlohnung, allenfalls sollen Arbeiterrechnen zugelassen werden, die ungefähr das gerade Gegenteil des Grundlages der allgemeinen Wehrpflicht darstellen. Ein Staat ohne Meer — diese Vorstellung will den Offizieren alten Stalles nicht in den Kopf. Sie leben, wie unser Militarismus zwar zersämetter am Boden liegt, überall sonst aber in der Welt das Maßmaß verdrängt wird. Also können sie es nicht begreifen, daß wir uns nicht einmal das winzige Minimum an „Reichswehr“ erhalten sollen, das der Vertrag von Versailles uns gerade noch gestattet. Und noch weniger will es ihnen in den Sinn, daß dieses Minimum unausgesetzt in die heißen Tageskämpfe der inneren Politik hineingezerrt und dadurch für jeden Ernstfall völlig entwertet wird. So ist es nicht verwunderlich, wenn viele Offiziere beim Anblick aller dieser, ihnen gänzlich unverständlichen Vorgänge in höhere Gewissensbetrübungen geraten, wenn sie darüber dem

versucht unterliegen, den gordischen Knoten, so oder so, mit dem Schwert zu durchschlagen. An die Hoffungslosigkeit unserer Lage zu glauben, das verbietet ihnen ihre Gesinnung; die Widerstände, auf die sie stoßen müssen, unterschätzen sie nur zu sehr. Aber was sich hier mit Gewalt durchsetzen will, ist im Grunde nichts weniger als volksfeindliche Denksart.

In vielen Fällen gefüllt sich zu diesen Beweggründen allgemeiner Natur die bange Sorge um die eigene Existenz; insbesondere wohl bei der Mehrzahl der Unterführer, die sich für gewaltsame Aufhebung gegen das, was die Republik will, gewinnen lassen. Das Waffenhandwerk ist der Beruf, für den sie erzogen sind; was soll aus ihnen werden, wenn wir nur noch 100 000 Mann in den Kasernen haben oder wenn aus diese gar nach Hause geschickt werden? In der schwersten Zeit des Übergangs aus der alten in die neue Zeit haben sie tapfer auf dem Posten gestanden, haben der Scheidemann-Regierung mehr als einmal aus schlimmen Verlegenheiten geholfen, haben die Räteregierung in Bayern überwand, haben die Reichshauptstadt von Spartakus befreit. Jetzt sollen sie entlassen werden, obwohl die Franzosen uns bereits im Rücken stehen und die Polen sich sprunghaft halten, um Obersteifen zu überfallen. Obwohl auch auf neue Schwierigkeiten im Innern gerechnet werden muß. Das ist gegen ihr Gefühl, wie sich wohl begreifen läßt. Und was soll nun aus ihnen werden? Der Staat drückt ihnen zum Abschied ein paar Papierfelle in die Hand — dann mögen sie zusehen, wo sie ihr Brot finden. Aber alle Vorteile sind überfüllt. Das Gepein der Arbeitslosigkeit, des Hungers steigt vor ihnen auf. Auch sie wollen leben, auch sie haben Frau und Kind, auch sie wollen ihre Arbeitskraft nicht brach liegen lassen. Wer weiß wie bald das Vaterland sie wieder braucht; liegt es da nicht nahe, daß sie wenigstens eine gewisse Kameradengemeinschaft aufrecht erhalten, unter sich und mit ihren Unteroffizieren und Mannschaften, um, wenn abermals Not am Mann ist, sofort zur Stelle zu sein? Ist es gerecht, hier dann „Verschwörungen“ zu wittern und nach dem Staatsanwalt zu schreien? Darf man diese Leute von Ort zu Ort heben, nur weil sie nach Rettung vor dem sichern Untergang suchen?

Diese rein soziale, diese menschliche Seite der Offiziersbewegung sollte doch gerade von sozialen Parteien nicht übersehen werden. Und die Regierung täte wohl daran, die öffentliche Meinung in dieser Richtung etwas mehr zu beeinflussen, als es bisher gewesen ist.

Dr. Sy.

Die gleiche Frage kreisten in den letzten Tagen zwei Blätter, die auf der äußersten Rechten und der äußersten Linken der bürgerlichen Parteien stehen: die Kreuzzeitung und das Berliner Tageblatt. Die Stellung der Kreuzzeitung dem Offiziersstand gegenüber ist durch ihre Tradition geboten. Aber auch das demokratische Blatt findet warme Worte für die schwierige Lage unserer Offiziere, indem es schreibt:

„Wir alle leben, mit stillem Mitleid, die Tragödie jener gewissenhaften und intelligenten Offiziere, die plötzlich aus ihrer Laufbahn hinausgestoßen wurden und nun auf der Suche nach neuen Möglichkeiten sind. Wir möchten, daß ihnen wirtschaftlich geholfen würde, soweit ein Staat irgend helfen kann, der ein Defizit von 200 Milliarden, eine winstige Armee, keine Kolonien, dafür aber, in militärischen und zivilen Diensten, viel zu viel Soldatengeld besitzt.“

Die Konferenz von San Remo.

Differenzen in der deutschen Frage.

Die große Entente-Konferenz, die in San Remo zusammengetreten ist, hat mit der Besprechung der türkischen Frage begonnen. Dazu verläutet, daß diese Reihenfolge in den Arbeiten der Konferenz auf englischen Wunsch festgelegt wurde, nachdem eine flüchtige Fühlungnahme über die deutschen Angelegenheiten tiefgehende Differenzen ergeben hatte. Lord George scheint die Vorteile, die sich aus dieser Situation für die englischen Absichten in der Türkei ergeben, rasch aufgegriffen zu haben. England kommt mit bestimmten Vorschlägen militärischer Natur nach San Remo und wird seine Verbündeten zur Teilnahme an einem Vorgehen gegen Kleinasien und Konstantinopel auffordern. Das Italien

in einem solchen Maße nur noch bereinigen kann und will, und das in Frankreich heute schon die Lage feststeht, ist in England bekannt. England wird jedenfalls so seiner lokalen Bevölkerung, die Verbündeten zu benachrichtigen, nachkommen, sich aber freie Hand behalten. Es ist nicht unmöglich, daß die Vorkonferenz in einigen Tagen auch das ungarische Problem zu behandeln haben wird, da Apponyi für die Unterzeichnung des vorgezeichneten Friedens in ungarischen Kreisen keinerlei Unterstützung gefunden hat und die Vorkonferenz der ungarischen Ablehnung gegenüber keine Vollmachten besitzen würde. Die Vorkonferenz scheint die ungarischen Gegenwärtigen reiflos abgelehnt zu haben, und Ungarn ist unter keinen Umständen geneigt, irgendwelche Gebiete ohne Volksabstimmung abzutreten.

Ausführung des Friedensvertrages.

„Matin“ veröffentlicht Äußerungen französischer Politiker über die Art und Weise, wie Deutschland die Friedensbedingungen von Versailles annehmen habe. Der ehemalige Senatspräsident Dubost meint, der Grundfehler des Friedensvertrages sei, daß man nicht begriffen habe, daß die Zukunft von der Regelung der finanziellen Fragen abhängt. Der ehemalige Präsident Poincaré hat Bedenken, ob Deutschland bis zum 1. Mai 1921 die vorgedachte Summe in Goldmark zahlen werde. Douhaire habe in der Kammer mitgeteilt, daß alle schon erfolgten Lieferungen abgerechnet, Frankreich auf eine Summe von 5 bis 6 Milliarden zählen könne. Poincaré sagt aus: „Möge es dem Himmel gefallen, daß er recht behält.“ Finanzminister Francois Marsal habe in der Kammer am 14. April erklärt, nach seiner Kenntnis habe Amerika 780 Millionen Goldmark und England 325 Millionen Goldmark für geleistete Nahrungsmittel von Deutschland erhalten. Frankreich habe für geleistete Nahrungsmittel 181 Millionen Frank in Kohlen empfangen. Als Krieg für die Unterhaltungskosten der Besatzungsarmee habe Frankreich bis zum 1. Februar 600 Millionen Mark in Papier erhalten, was weniger als den zehnten Teil der Kohlen für die Besatzungsarmee darstelle, die er im ganzen auf 1600 Millionen Frank berechne. Der Abgeordnete Louis Dubost habe in der Kammer gefragt, welche Kohlenabstufung im August vorigen Jahres mit Deutschland getroffen worden seien und welche Mengen es zu liefern gehabt hätte. Das Protokoll spreche sich darüber nicht aus. Bis zum 31. März hätte Deutschland Frankreich geliefert 3 654 318 Tonnen. Der sozialistische Abgeordnete Vincent Auriant habe in der Kammer die Rentenfrage besprochen. Deutschland müsse im Grundfuß 5 % bezahlen, Frankreich aber bezahle mindestens 5 1/2 %, also während 25 Jahren müsse es einen höheren Zinsfuß bezahlen als Deutschland.

Baldiger Abmarsch aus Frankfurt.

Vorbereitungen des Rückzuges.

Das französische Kontingent im Rheingebiet, das bei der Abreise Entente-keinerlei Gegenliebe gefunden hat, scheint seinem Ende entgegenzusehen.

Der „Matin“ welcher nämlich aus Frankfurt a. M., die französische Kavallerie in der Zone, die sich vor dem Präsidenten von Mainz ausdehnt, sei zurückgezogen worden. Es verbleiben nur noch einige Dragoner in Hanau. Aber es entbehrt man Anzeichen dafür, daß die Franzosen den Rückzug vorbereiteten und nicht mit einer längeren Verweilung rechneten.

Ein anderes führendes Pariser Blatt erklärt, die französische Regierung sei gebunden durch das Lord Derby gegebene Versprechen, die französischen Truppen würden die Rheingegend an dem Tage räumen, an dem die deutschen Truppen zurückgezogen würden. Darüber hinaus aber sei Frankreich nicht gebunden, und mit gutem Recht habe es den Beschluß rückgängig gemacht, den die interalliierte Kommission, an deren Spitze General Rollet steht, getroffen habe. Es kann sich hierbei nur um den Beschluß handeln, Truppen nach dem Augustabkommen, um dessen Verlängerung die deutsche Regierung gebeten hat, als Polizeitruppen dort zu belassen.